

Niederschrift

zur gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Integration und Gleichstellung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 07.11.2019	18:31- 19:41 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Stephan Wende, Ausschuss für Stadtentwicklung,
Elke Wagner, Ausschuss für Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Integration und Gleichstellung,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer,
Christina Krüger,
Nancy Krüger,
Sabine Niels,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich als Vertreter von Axel Fachtan, ab 19:00 Uhr (TOP 8.1),
Enrico Biagini,
Jürgen Gebauer,
Rolf Peter Hooge ab 19:00 Uhr (TOP 8.1),

CDU-Fraktion

Gernot Geike,
Wolfgang Petenati,
Jürgen Teichmann,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda,
Monika Fiedler,
Peter-Martin Mattigk,

SPD-Fraktion

Juliane Meyer als Vertreterin von Dr. Franz H. Berger,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter Apitz,
Cornelia Behrmann,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink,
Petra Schumann,

Sachkundige EinwohnerInnen

Stephan Bartsch,
Christian Engel bis 18:44 Uhr (TOP 8.1),
Jürgen Grasnack,
Jürgen Hajduk,
Eberhard Henkel,
Veronika Kuo,
Lars Lorenzen bis 18:44 Uhr (TOP 8.1),
Bernd Saliter,
Andrea Schokat,

Bürgermeister

Matthias Rudolph,

Verwaltung

Stefan Wichary, Erster Beigeordneter bis 19:41 Uhr (nach TOP 11),
Christfried Tschepe, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,
Marco Witte als Protokollant,

Gäste

Heiko Reichmuth, Behindertenbeirat,
Gerold Sachse, Stadtverordneter,
Lisa Ludwig, Märkische Oderzeitung,
Steffen Alter und
Lothar Hoffrichter.

Abwesend

Alternative für Deutschland (AfD)

Axel Fachtan (entschuldigt),

CDU-Fraktion

Karin Lehmann (entschuldigt),

SPD-Fraktion

Dr. Franz H. Berger (entschuldigt).

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des gastgebenden Ausschusses für Stadtentwicklung eröffnet die gemeinsame Sitzung um 18:31 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt, beide Ausschüsse sind beschlussfähig.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Gebauer fragt bezüglich des fraktionsübergreifenden Antrages im Tagesordnungspunkt 8.1, ob kein Vertreter seiner Fraktion anwesend war, da diese den Antrag nicht mit gestellt hat. Herr Wende berichtet, dass für die AfD beim gemeinsamen Gespräch mit dem Freundeskreis Herr Fachtan anwesend war.

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

TOP 4 Niederschrift (entfällt)

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

TOP 5 Informationen der Vorsitzenden

Der Vorsitzende lädt herzlich zur Teilnahme am Gedenk-**Lichtermarsch** am 9. November ein. Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr im Dom und der Marsch endet am Jüdischen Friedhof.

TOP 6 Informationen und Anfragen aus Beiräten

Es gibt keine Informationen oder Anfragen aus Beiräten.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Alter erklärt sich mit der Aufzeichnung und Veröffentlichung einverstanden. Seine Frage bezieht sich auf eine Aussage im Ausschuss für Stadtentwicklung am vergangenen Dienstag. Dort habe Herr Tschepe gesagt, dass sich das **Quartiersmanagement Nord** regelmäßig im Ausschuss vorgestellt hat. Herr Wende betont, dass die Vorstellungen im Ausschuss für Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Integration und Gleichstellung erfolgt sind. Frau Wagner sagt, dass das Quartiersmanagement in seiner jetzigen Form die Arbeit erst kürzlich aufgenommen hat. Es hat bislang erst vereinzelte Veranstaltungen gegeben.

Frau Fiedler verweist darauf, dass informiert wurde, dass das Quartiersmanagement in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Integration und Gleichstellung anwesend sein wird. Herr Wende sagt, dass eine Einladung auch in den Ausschuss für Stadtentwicklung denkbar ist.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, FDP, DIE LINKE, CDU, Bündnis 7/AN/073 90/Die Grünen und BFZ: "Haus Brandenburg in Fürstenwalde/Spree erhalten"

Herr Wende informiert, dass Punkt 3 des Beschlussvorschlages zu streichen ist, da sich die einbringenden Fraktionen hierüber nicht mehr einig sind.

Anlass des Antrages ist das Ansinnen der Stiftung mit dem Land, das Haus Brandenburg nach **Frankfurt (Oder)** zu verlagern. Das Land will dort ein Gebäude sanieren und das Haus Brandenburg soll als deutsch-polnisches Begegnungszentrum einziehen. Dagegen spricht sich der Freundeskreis des Hauses Brandenburg aus und hat sich mit dem Wunsch zur Unterstützung des Verbleibs der Einrichtung in Fürstenwalde an die Abgeordneten gewandt. Im neuen Koalitionsvertrag des Landes Brandenburg ist das Ziel des Umzuges nach Frankfurt (Oder) mit einer Reihe von Maßnahmen fixiert – der Vertrag ist allerdings noch nicht unterzeichnet. Die Stadt Fürstenwalde/Spree sollte nicht kampflös auf die Einrichtung verzichten.

Herr Ksink merkt an, dass aktuell in Potsdam das Stühlerücken beginnt und gegebenenfalls einige **Staatssekretäre** ausgetauscht werden, sodass sich andere Einflussmöglichkeiten ergeben könnten. Er beantragt Rederecht für den anwesenden Vertreter des Freundeskreises. Herrn Hoffrichter wird das Rederecht einstimmig eingeräumt.

Auch Herr Petenati spricht sich für ein Engagement zum Verbleib der Einrichtung in Fürstenwalde bei der neuen Landesregierung aus.

Frau Niels merkt an, dass das Land möglicherweise auf die neuen Möglichkeiten durch das Gebäude in der **Trebuser Straße 60** hingewiesen werden sollte. Grundsätzlich sollte verhindert werden, dass der Landkreis eine weitere kulturelle Einrichtung verliert. Für das Haus Brandenburg ist insbesondere die Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität Berlin relevant, welche näher an Fürstenwalde liegt als an Frankfurt.

Herr Apitz fragt nach dem rechtlichen Verhältnis zwischen Freundeskreis und Stiftung und wer Eigentümer der Sammlung ist.

Frau Behrmann betont, dass es grundsätzlich positiv zu werten ist, dass das Haus Brandenburg Niederschlag im Koalitionsvertrag gefunden hat. Sie fragt ebenfalls nach dem Verhältnis Freundeskreis zum Stiftungsrat.

Frau Bargenda hätte gern konkrete Belege über den Zuspruch. Sie findet die Formulierung des Antrages an dieser Stelle zu schwammig.

Herr Hoffrichter dankt für die Erteilung des Rederechts. Die Stiftung Haus Brandenburg wurde 1974 in Baden-Württemberg gegründet und zog nach der Wiedervereinigung nach Fürstenwalde ins Land Brandenburg. Bis heute hat es seitens des Landes Brandenburg keine institutionelle Förderung gegeben. Am jetzt genutzten Gebäude muss zweifellos etwas getan werden, da für die Archivarien zu wenig Platz existiert. Derzeit werden sie daher **digitalisiert**, um sie zum einen in ein Archiv überführen und zum anderen einer größeren Öffentlichkeit zur Verfügung stellen zu können.

Der Freundeskreis entstand auf Initiative des damaligen Kurators. Die Aufgaben des Freundeskreises liegen in der materiellen, ideellen und finanziellen **Unterstützung** der Stiftung. Da er damit wesentlich zur Arbeitsfähigkeit der Stiftung beiträgt, möchte er auch bei derart weitreichenden Entscheidungen mitbestimmen. Dabei ist es Konsens, dass die Stiftung zukunftsfähig gestaltet werden muss.

In Frankfurt (Oder) soll das Haus Brandenburg in das **Kollegienhaus** einziehen. Dazu muss dieses für die Nutzung hergerichtet werden, wobei eine Fertigstellung in etwa fünf Jahren absehbar wäre. Aus Sicht des Freundeskreises wurde keine Kosten-Nutzen-Analyse erstellt. So ist die angesetzte Auslastung stark anzuzweifeln. So werden bspw. 30.000 polnische Gäste im Jahr erwartet, während die heutige Auslastung bei 300 Personen liegt. Mit der Umwandlung zu einem deutsch-polnischen Begegnungszentrum würde sich auch die Kernaufgabe der Stiftung verändern, da die Neumark nur ein Bruchteil des heutigen Polens ausmacht.

Es ist unklar, wie die dann entstehenden Kosten von 622.000 Euro/Jahr getragen werden sollen. Der Bund wird sich nach Aussage des Bundeskulturministeriums nicht finanziell einbringen. Aktuell hat die Stiftung einen **Haushalt** von etwa 100.000 Euro, der aus Spenden, Zinserträgen und der Landes-Objektförderung für die Digitalisierung finanziert wird. Die Stiftung und mit ihr die nutzbaren Gelder werden immer kleiner. Fürstenwalde ist als Standort deutlich kostengünstiger. Durch die Nutzbarkeit eines Teils der Archivräume in der Trebuser Straße 60 unweit des Standortes Parkallee ergeben sich Synergieeffekte.

In der von der Stiftung beauftragten Studie für 40.000 Euro gibt es viele unklare und inkorrekte Aussagen. Fürstenwalde bietet ähnliche Qualitäten wie Frankfurt (Oder). Entgegen anderslautender Ausführungen gibt es eine erhebliche Diskrepanz bei den Positionen des Freundeskreises und der Stiftung.

Frau Meyer ist die Finanzierungsfrage nicht klar. Für sie ist das Land in der Pflicht, wenn es sich derart in die Standortdiskussion einmischt. Sie fragt nach der Finanzierungsquelle der Sanierung. Herr Hoffrichter sagt, dass das Kollegienhaus etwas größer ist als das Fürstenwalder Jagdschloss. Insofern müsste die Größenordnung der Sanierungskosten vergleichbar sein. Herr Wende ergänzt, dass es noch **keine Finanzierungsplanung** gibt und daher nur spekuliert werden kann. Für den Umzug einschließlich der Herrichtung der Räume in Frankfurt (ohne Sanierung des Gebäudes) sind knapp 800.000 Euro angesetzt, informiert Herr Hoffrichter.

Frau Behrmann sagt, dass es in der Presseerklärung des Stiftungsrates anders klingt. Daher schlägt sie vor, vor einer Abstimmung über den Antrag Herrn Stünzner vom Stiftungsrat zu einer nachfolgenden Sitzung einzuladen, um ihm die Möglichkeit zu geben, dessen Position zu erläutern.

Herr Apitz meint, dass dem Antrag die Einsicht zugrunde liegt, dass das Haus Brandenburg eine kulturhistorische Bereicherung darstellt. Da die Sammlung der Stiftung gehört, ist die Stadt nur bedingt handlungsfähig. Er fragt, ob der Freundeskreis auch ohne die Stiftung in Fürstenwalde erhalten bleiben könnte. Herr Hoffrichter sieht den Freundeskreis als einen Anhang der Stiftung. Da dieser aber die Stiftung finanziert, möchte er auch mitbestimmen. Auch außerhalb des Freundes-

kreises sollte jeder Bürger gegen eine derartige **Geldverschwendung** aufbegehren. Eine deutsch-polnische Begegnungsstätte könnte auch in Fürstenwalde eingerichtet werden, wenn das Material in ein Archiv überführt worden ist. Für eine Online-Archivsuche ist ohnehin kein Besuch mehr vor Ort notwendig.

Herr Apitz sagt, dass die Abgeordneten letztlich nicht darüber entscheiden können, wo die Sammlung hinkommt. Auch Herr Wende findet, dass sie nicht Schiedsrichter im Verfahren sein können. Es kann nur darum gehen, um Gespräche zu werben. Insofern betrachtet er den Antrag als ein beidseitiges **Dialogangebot**.

Bürgermeister Rudolph informiert darüber, dass in den letzten Jahren durch die Verwaltung mehrmals intensiv für den Erhalt in Fürstenwalde geworben wurde. So gab es seitens des Bürgermeisters Hengst und seinerseits einige Unterstützungsangebote an die Stiftung. Dies umfasste zuletzt auch eine kurzfristige kostengünstige Zurverfügungstellung der ausgestatteten Archivräume in der Trebuser Straße 60.

Herr Wichary ergänzt, dass er seit Mai in der Sache aktiv war. Er informiert, dass ihn heute ein Anruf aus dem **Ministerium** ereilt hat, in dem die zuständige Referentin nochmals die Hintergründe erläutert hat. Sie hat deutlich gemacht, dass die Entscheidung der Stiftung für Frankfurt (Oder) steht und vom Ministerium, der Stadt Frankfurt (Oder) und der Europa-Universität Viadrina unterstützt würde. Gerade die Verknüpfung mit der Universität ist ein wichtiges Argument. Es soll auch die Bedeutung von Frankfurt (Oder) als deutsch-polnische Stadt gestärkt werden.

Auf seine Fragen nach der Nachnutzung des jetzigen Gebäudes und der Finanzierung hatte sie keine Antworten. Sie sieht aber durchaus die Möglichkeit, dass sich die Stadt Fürstenwalde/Spree aktiv in den **Prozess** einbringt und die Stiftung auch künftig vor Ort eine Rolle spielen könnte. Der Aussage der Referentin, dass Fürstenwalde in der Vergangenheit in die Planungen eingebunden wurde, widersprach Herr Wichary. Gegebenenfalls könnte durch die errungene Aufmerksamkeit ein Gesprächsfaden gesponnen worden sein, der aufgenommen werden könnte. Auch Herr Wende sieht es als positiven Effekt an, dass die Aufmerksamkeit auf das Thema gelenkt werden konnte. Er sieht es als nicht ganz fair an, dass bislang an der Stadt vorbei organisiert wurde.

Frau Niels merkt an, dass die an der Viadrina angebotenen Studiengänge **keine Verknüpfungspunkte** zum Haus Brandenburg bieten. Eine inhaltliche Verbindung kann eher mit den Historikern an der Berliner Humboldt-Universität angenommen werden. Diese liegt unzweifelhaft näher an Fürstenwalde. Das Aussterben der Generation ist für sie kein Standortargument. In der Machbarkeitsstudie wurden keine Alternativen geprüft. Auch sie sieht in einer Verlagerung eine Vergeudung von Steuergeldern. Hier sollte mehr Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden.

Herr Hoffrichter sieht eine Willensbekundung der Abgeordneten als **hilfreiches Instrument**. Der Koalitionsvertrag ist nicht als Dogma zu sehen. Er bittet um eine Kontaktaufnahme mit den Parteien der Koalition. Es wurde jegliche Zusammenarbeit zwischen Stiftung und Freundeskreis vom jetzigen Kurator aufgekündigt. Allerdings wird dieser die Stiftung zum Dezember 2019 verlassen, sodass sich daraus neue Möglichkeiten ergeben könnten.

Herr Wichary merkt zum Beschlussvorschlag bei Punkt 2 an, dass bei der Kooperation mit dem Museum Fürstenwalde bedacht werden sollte, dass dieses eine unterschiedliche Ausrichtung hat und zudem bei der Kulturfabrik angesiedelt ist. Hier hat der Bürgermeister nur begrenzte Einflussmöglichkeiten. Ebenso wäre eine Vereinbarung zur Nutzung des Kreisarchivs nur über den Landrat möglich. Herr Wende kündigt die notwendige **Überarbeitung** des Antrages bis nächsten Donnerstag an.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt einstimmig die Zustimmung zum geänderten Beschlussvorschlag.

Der Ausschuss für Kultur, Sport, Soziales, Bildung, Integration und Gleichstellung empfiehlt bei einer Enthaltung die Zustimmung zum geänderten Beschlussvorschlag.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt:

1. In Gesprächen und Verhandlungen mit der Stiftung Brandenburg und dem Land Brandenburg sich dafür einzusetzen, dass das „Haus Brandenburg“ in Fürstenwalde/Spree dauerhaft als Kultur- und Bildungseinrichtung erhalten bleibt
2. Eine enge Kooperation von Haus Brandenburg und dem städtischen Museum zu ermöglichen. Dazu gehört auch eine gemeinsame Nutzung der Archiv- und Magazinräume im Objekt Trebuser Straße 60 (ehem. Archiv des Landkreises Oder-Spree) und ggf. im neugeschaffenen Archivzentrum des LOS in der Lise-Meitner-Straße zu ermöglichen, um die Sammlung des Hauses Brandenburg dauerhaft für die Forschung, Erinnerung und Nachwelt zu erhalten

Zustimmung mit Änderung

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Herr Tschepe weist auf das ausgeteilte Faltblatt hin, welches die Veranstaltung „City of Lights“ ankündigt, die als Abschluss von 25 Jahren **Stadterneuerung** in den zwei Sanierungsgebieten am 30. November im Zentrum stattfinden soll. Weitere Informationen werden dazu noch erfolgen.

Die Stadtverordneten haben jüngst die Aufstellung der Verfügungs- bzw. Aktionsfonds beschlossen. Aus dem Kreis der Stadtverordneten wird noch ein Mitglied für das **Quartiersgremium** Stadtteil Nord benötigt. Hierüber und über die Ausschusszuständigkeit können sich die Abgeordneten gern in den Fraktionen beraten. Herr Wende könnte sich Frau Wagner vorstellen. Darüber sollte sich interfraktionell verständigt werden.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Frau Bargenda begrüßt die Kombination der beiden Ausschüsse. Sie möchte die Sorge von Eltern weitergeben, dass vor allem in der dunklen Jahreszeit Kinder aus Richtung Langewahl Gefahren aufgrund der unvollständigen Ausleuchtung der **Beeskower Chaussee** ausgesetzt sind. Herr Tschepe erklärt, dass im Zusammenhang mit der Errichtung des Schulzentrums die Herstellung einer sicheren Radverkehrsverbindung auf dieser Straße im Blickfeld ist. Diese würde auch den Ausbau der Beleuchtung beinhalten. Möglicherweise könnte dies aber auch schon vorgezogen werden.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil um 19:41 Uhr und bittet darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Stephan Wende

Elke Wagner

Marco Witte

Vorsitzender Ausschuss für
Stadtentwicklung

Vorsitzende Ausschuss für Kultur,
Sport, Soziales, Bildung, Integration
und Gleichstellung

Schriftführer